

Anzeige

o2

Jetzt 25€ Anschlusspreis bei allen Tarifen sparen!

Vodafone.de

Endlos ins dt. Vodafone u. Festnetz telefonieren. Für nur 19,95 €.

Jetzt Junge-Leute Vorteil nutzen und bis zu 180€ sparen!

eprimo.de

eprimo

Günstiger Strom - Jetzt mit bis zu 100€ Wechselbonus + Preisgarantie!

Anzeige

FAZJOB.NET : FAZFINANCE.NET iPhone : Märkte : Archiv : e-paper : Abo : Blogs : Services Mein FAZ.NET : gwhfaz GO



22. März 2011

Home Politik Wirtschaft Feuilleton Sport Gesellschaft Finanzen
Reise Wissen Technik & Motor Beruf & Chance Kunstmarkt Immobilien Rhein-Main

Frankfurter Allgemeine Zeitung **Wirtschaft**



Ausgabe vom 22.3.2011

- Titelseite
- Politik
- Deutschland und die Welt
- **Wirtschaft**
- Seite 12 von 11-26
- Finanzmarkt
- Sport
- Feuilleton
- Technik und Motor
- Rhein-Main-Zeitung

FAZ.NET fragt

Ist der Militärschlag gegen Libyen angemessen?

Ja, eine Intervention aus humanitären Gründen war überfällig

Nein, das ist Einmischung in einen Bürgerkrieg

Ja, die Gemeinschaft muss auch wirtschaftliche Interessen schützen

Nein, die Gefahr einer jahrelangen Verstrickung mit vielen Opfern ist zu hoch

Abstimmen **GO**

→ Ergebnis

F.A.Z.-Angebote

→ **FAZJOBNET**

→ **Gratis-Probe abo**

- FAZ.NET-Angebote**
- Ticket-Portal
 - Software-Portal
 - Buchshop
 - Partnersuche

FAZ.NET-Services

Wasserwerke kritisieren Anbau von Energiepflanzen

Energiepflanzen müssen intensiv gedüngt werden. Dadurch können Pestizide und Nitrate in das Grundwasser gelangen.

ami. BERLIN, 21. März. Eine Milliarde Menschen, etwa jeder siebte Erdbewohner, hat kein sauberes Trinkwasser, jeder Dritte verfügt nicht über "Toiletten, die den Namen verdienen". Darauf hat Forschungsministerin Annette Schavan (CDU) vor dem Weltwassertag hingewiesen, den die Vereinten Nationen an diesem Dienstag begehen. Die rasante Zunahme der Weltbevölkerung in Richtung von 9 Milliarden wird die Lage kaum verbessern - die höchsten Geburtenraten sind oft dort zu verzeichnen, wo die Wasserversorgung besonders prekär ist. Das gilt auch für die schnell wachsenden Millionenstädte, in denen der Ausbau der Infrastruktur dem Zuzug und Zuwachs der Bevölkerung nicht hinterherkommt.

Für Deutschland gilt das nicht. Hier gibt es Wasser im Überfluss. 83 Prozent der Wasserressourcen werden überhaupt nicht genutzt. Ganze 2,7 Prozent reichen aus, um die öffentliche Wasserversorgung der Haushalte und kleinen Gewerbebetriebe zu sichern. Den Rest, auch das geht aus dem am Montag dem Bundeswirtschaftsminister vorgelegten neuen "Branchenbild" der Deutschen Wasserwirtschaft hervor, verbraucht die Industrie. Die Qualität des Wassers und der Versorgungssicherheit seien hoch. Wasser und Abwasserleitungen sind je mehr als 500 000 Kilometer lang, 96 Prozent der Bevölkerung seien an das Abwassernetz angeschlossen, 6 Milliarden Euro habe man jeweils 2008 und 2009 in Netz und Kläranlagen investiert, damit alles dort bleibe, wo die Branche sich im europäischen Vergleich wähnt - auf dem höchsten Stand.

Doch nicht alles ist gut mit dem deutschen Wasser. Die 6211 Wasserversorger beklagen einmal mehr die Belastung des Wassers vor allem durch Pflanzenschutzmittel und Nitrate, die durch das Düngen der Felder ohne weitere Umwege ins Grundwasser sickern. Dieses muss aufwendig gefiltert werden, was die Kosten treibt. Schon jetzt, heißt es in dem Report, könnten die von der EU vorgegeben Ziele einer Begrenzung durch Stickstoff "bis 2027 in vielen Bereichen nicht erreicht werden". Die Gesetze und der Vollzug beschlossener Regelungen reichten nicht aus, "um die Gewässer vor unerwünschten Belastungen nachhaltig zu schützen".

Deshalb sieht die Wasserbranche den Trend zum vermehrten Anbau von Energiepflanzen für Biogas und Biosprit kritisch. Denn um die Ziele in der Bioenergieproduktion zu erreichen, müsse intensiver gedüngt werden, müssten stillgelegte Flächen oder Grünland in Ackerland umgewandelt werden. So könnten noch mehr Nitrate und Pflanzenschutzmittel ins Grundwasser gelangen. "Dies kann die Situation verschärfen."

Die Wasserversorger sind ohnehin schon alarmiert. Ob "unkonventionelles" Gas in der Tiefe mit Chemie aus dem

Artikel-Service

- Drucken
- Versenden
- Vorherige Seite

FAZ.NET-Suche **GO**

FAZNET

Frankfurter Allgemeine Archiv

→ Profisuche → Suchhilfe

e-paper

Zeitungstexte F.A.Z.

Zeitungstexte F.A.S.



Reiseführer



Routenplaner



Staumelder



Wetter



Kulturkalender



Kunstlexikon



Rezensionen



Zinsvergleiche



Brutto-Netto



FAZ.NET-Mobil



Main Mail



Newsletter



Lesermeinungen

Gestein gewaschen und nach oben gepumpt wird oder ob verflüssigtes Kohlendioxid in tiefgelegenen Schichten verpresst werden soll - immer müssen wasserführende Schichten durchstoßen werden. Die Wasserwirtschaft findet das nicht gut. Wenig hält sie auch von allgemeinen Wassersparappellen. Der Wasserverbrauch je Bürger liege mit 122 Litern auf historisch niedrigem Niveau und habe sich gegenüber 1990 halbiert. Für viele Betreiber von Abwassernetzen bedeute das aber auch, dass sie Trinkwasser zum Spülen der Kanäle einsetzen müssten, weil zu wenig Wasser durch die Spülung rausche, um die Fäkalien Richtung Klärwerk zu schwemmen. Gerade im Osten sind die in den neunziger Jahren aufwendig erneuerten Rohrsysteme oft überdimensioniert, weil Menschen wegziehen, ganze Stadtviertel leer stehen. "Eine politisch geforderte weitere Reduzierung des Wasserverbrauchs ist nicht sinnvoll", heißt es in dem Papier. Die Kosten für Rückbau und Erneuerung trägt sowieso der Kunde, der sich trotz all seiner Sparbemühungen über steigende Kosten für Trink- und Abwasser ärgert.

Zwar rechnen die Versorger vor, dass ihre über Preise und Gebühren weitergereichten Kosten gemessen an der Inflation und anderen Posten nur unterdurchschnittlich wüchsen. Doch genügt das den Wettbewerbsbehörden zur Erklärung gravierender Preisunterschiede so wenig wie der Hinweis auf unterschiedliche regionale und geologische Gegebenheiten oder jene 55 Cent, die jeder Bundesbürger im Durchschnitt täglich für Trink- und Abwasser ausbe. Die Kartellämter sehen in den Versorgern Inhaber natürlicher (Leitungs-)Monopole, die, weil konkurrenzlos, die Kunden schröpfen könnten. In Hessen hat es spektakuläre Untersuchungen gegeben. In Berlin hält das Bundeskartellamt die Preise nach einem bundesweiten Vergleich im zweistelligen Prozentbereich für überhöht.

Berlin ist deshalb ein interessanter Fall, weil das Land in seiner Finanznot knapp die Hälfte der Anteile seiner Berliner Wasserbetriebe an private Investoren verkauft hatte, die den hohen Kaufpreis über den Wasserpreis refinanzieren. Die Politik möchte das Geschäft nun auch wegen der hohen Wasserpreise am liebsten wieder rückabwickeln. Das Thema ist emotional besetzt, die "Rekommunalisierung" der Energie- und Wasserversorgung ist in vielen Städten und Kommunen ein Thema.

Dabei könnte der Berliner Senat die Preise allein dadurch senken, dass er das "Wasserentnahmeentgelt" von 31 Cent je Kubikmeter streicht. Die Extraeinnahme von 53 Millionen Euro für den Landeshaushalt, die es in vielen Bundesländern gibt, macht in Berlin immerhin ein Achtel des Trinkwasserpreises aus.

In Deutschland gibt es Wasser im Überfluss. 83 Prozent der Ressourcen werden nicht genutzt.

Text: F.A.Z., 22.03.2011, Nr. 68 / Seite 12

F.A.Z.-Impressum
Mobil

[Die Redaktion](#) [Kodex](#) [Kontakt](#) [Sitemap](#) [Hilfe](#) [Nutzungsbedingungen](#) [Datenschutzerklärung](#) [RSS](#)

[Online-Werbung](#) [Anzeigen](#) [Leserportal](#) [Jobs bei der F.A.Z.](#) [Mehr über die F.A.Z.](#)

Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2001 - 2011 [Partner-Portal: NZZ Online](#)